



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 29. November 2019

Band 13, Ausgabe 17

Themen

- Arbeit
- Inneres
- Forschung
- Parteitag

«Wir haben unseren Biorhythmus mit den Ferien - den wollen wir gern behalten.»

(Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Mittwochabend zu den Auseinandersetzungen zwischen den Bundesländern um die Sommerferientermine)

In dieser Ausgabe:

Die Union macht Deutschland sicherer	2
Forschungshaushalt zukunftsträchtig	2
Verkehrsinvestitionen	3
Kinderrechte ins Grundgesetz?	3
Parteitage zeigen: Union ist handlungsfähig	3
Rede zum Haushalt für Arbeit und Soziales	4

Bundshaushalt 2020 beschlossen

In dieser Woche haben wir den Bundshaushalt 2020 beschlossen. Schwerpunkte sind innere und äußere Sicherheit, Klimaschutz, Bildung und Forschung sowie sozialer Zusammenhalt. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2020 auf 362 Milliarden Euro. Dabei stärken wir insbesondere die Wachstumskräfte mit Investitionen auf Rekordniveau, nämlich mit knapp 43 Milliarden Euro.

Mit dem Haushalt schaffen wir Rahmenbedingungen, damit unser Land gut in das nächste Jahrzehnt startet, denn es gilt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist zugleich auch die beste Sozialpolitik. Nur wer erfolgreich wirtschaftet, kann etwas Schwächere unterstützen. Diesem Grundsatz fühlen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet. Bereits seit 2014 kommt der Bundshaushalt ohne neue Schulden aus; das bleibt auch mit dem Bundshaushalt 2020

so. Finanzielle Solidität und Berechenbarkeit sind und bleiben Markenzeichen der Union.

Höhepunkt der Haushaltsberatungen im Bundestag war auch diesmal wieder der Etat für das Bundeskanzleramt. Diese Generalausprache nutzten Kanzlerin Angela Merkel und Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus, um noch einmal auf die



Bedeutung von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik hinzuweisen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel warn-

te davor, die NATO im 70. Jahr ihres Bestehens in Frage zu stellen. Merkel sagte im Bundestag, der Erhalt der NATO sei „in unserem ureigensten Interesse“. Deutschland müsse im Bündnis „mehr Verantwortung übernehmen“. Sie bekräftigte, dass Deutschland seine Verteidigungsausgaben wie auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 vereinbart auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern werde. Diese Marge wolle man bis

Anfang der 2030er Jahre erreichen, kündigte sie an. „Darauf kann man sich verlassen.“

In ihrer Rede ging Merkel darüber hinaus auch auf den Transformationsprozess der Wirtschaft im Zuge der Digitalisierung und des Kampfs gegen den Klimawandel ein. Für diesen Transformationsprozess müsse die Politik die Weichen stellen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen könne, damit Wohlstand und Arbeitsplätze erhalten blieben, sagte die Kanzlerin. Es sei wichtig, „dass wir verstehen, dass der neue Rohstoff die Daten sind“, betonte sie.

Fraktionschef Brinkhaus sagte, alle Weichenstellungen müssten unter dem Motto „Nachhaltigkeit“ stehen. Nachhaltig sei auch der Haushalt 2020, der Rekordinvestitionen unter Verzicht auf neuen Schulden vorsieht. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt nannte den Haushalt mit seinen Rekordinvestitionen „ein echtes Zukunftspaket“ – genau das, was Deutschland angesichts der zurückgehenden Wirtschaftsdynamik brauche.

Die Union macht Deutschland sicherer

Am Donnerstag haben wir den Haushalt für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und seine nachgeordneten Behörden im Bundestag abschließend beraten. Der BMI-Haushalt für das kommende Jahr beweist erneut: CDU und CSU sind die Parteien der Inneren Sicherheit, wir machen Deutschland sicherer !!!

Bundesinnenminister Seehofer und die CDU/CSU-Fraktion haben in den Verhandlungen des Haushalts 2020 insbesondere 3.900 neue Stellen für das BMI und seinen Geschäftsbereich durchgesetzt. Das ist ein großer Erfolg.

3.150 der neuen Stellen entfallen auf den Bereich der Inneren Sicherheit. Damit setzt

die Union in Zeiten wachsender Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden genau den richtigen Schwerpunkt. Allein die Bundespolizei, die auf absehbare Zeit alle deutschen Grenzen intensiver in den Blick nehmen und unerlaubte Einreisen und Schleusungskriminalität unterbinden soll, erhält 2.170 neue Stellen. Die Bundespolizei erhält zusätzlich die Möglichkeit, bis zu 2.000 weitere Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter einzustellen.

Um den Gefahren des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus noch wirksamer entgegenzutreten und Hasskriminalität stärker als bislang zu bekämpfen, werden 300 neue Stellen im Bundeskriminalamt und in substantiellem Umfang weitere Stellen im Bundesamt für Verfassungsschutz geschaffen. Zudem wird der Bund zur Stärkung der Justiz den Ländern im Rahmen des „Pakts für den Rechtsstaat“ im kommenden



Jahr 110 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Dass wir all dies ohne neue Schulden erreichen, ist maßgeblich auf die solide Haushaltspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückzuführen.

Forschungshaushalt zukunftssträftig

Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat mit 18,3 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht. Zukunftsthemen haben sehr hohe Priorität.

Viele der geplanten Maßnahmen kommen den Bürgern im ganzen Land zugute: Etwa durch mehr Geld für Forschung an Fachhochschulen, die gelegentlich zu Unrecht im Schatten der Universitäten stehen. Dabei spielen sie mit ihrer sehr praxisnahen Arbeit eine wichtige Rolle.

Mehr Geld soll in das Quantentechnologienprogramm investiert werden. Quantencomputer kommt eine enorme Bedeutung für unsere

Zukunft zu und wir Europäer dürfen uns nicht von den USA und China abhängig machen.

Von den weiteren Maßnahmen profitieren viele Regionen: In Greifswald wird ein Institut gegründet, durch dessen Arbeit Infektionskrankheiten besser bekämpft werden sollen. Im Vogtland fördert der Bund ein Kompetenzzentrum für Innovation und Bildung in der Kältetechnik. Wir wollen auch neue zukunftsfähige und innovative Lösungen in der Kälte- und Klimatechnik entwickeln, die einen Beitrag zur Energieeinsparung und Reduktion schädlicher Treibhausgase leisten.

Wir fördern auch die Modernisierung des bedeutenden Deutschen Museums in München,

und in einem neuen Inkubator in Jülich sollen nachhaltige Produktionsverfahren entwickelt werden - ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die Verringerung des CO₂-Ausstoßes in der Industrie.

Stärker gefördert wird insbesondere auch die Kooperation zwischen Schülerforschungszentren fördern. Dazu wird die die Stiftung "Jugend forscht" besser ausgestattet. Junge Talente in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sollen noch besser gefördert werden als bisher. Die MINT-Bildung unserer Kinder bildet das Fundament für unseren Wohlstand und für die Spitzenforschung von morgen.

Verkehrsinvestitionen

Der Verkehrshaushalt 2020 sieht Milliarden für den Ausbau des bundesweiten Schienensystems und des Regionalverkehrs vor. Das ist ein klares Signal für eine klimafreundliche Verkehrspolitik.

Der aktuelle Haushalt finanziert nicht nur die Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen, sondern auch innovative Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms. Mit diesen Zukunftsinvestitionen wird die Luft in den Städten sauberer, der ÖPNV attraktiver und

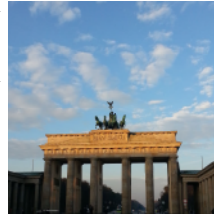
das Schienennetz leistungsfähiger. Auf den richtigen Mix kommt es an, denn wir nehmen alle Verkehrsträger in den Blick.

Wir werden Radwege ausbauen, Elektroautos bundesweit an die Ladeinfrastruktur anschließen und alternative Kraftstoffe auch für Verkehrsflugzeuge fördern.

Bei der digitalen Infrastruktur gibt es nochmals deutlich mehr Mittel für den Glasfaserausbau. Außerdem geht der Bund erst-

mals mit einer Milliardensumme die Förderung des Mobilfunknetzausbaus in ländlichen Regionen an.“

Wenn wir Güter- und Personenverkehre verstärkt auf die Schiene sowie auf die Wasserstraßen verlagern wollen, braucht es mehr Fachpersonal beim Eisenbahnbundesamt und bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass beide Verwaltungen im Jahr 2020 mit insgesamt 274 Stellen zusätzlich ausgestattet werden.



Kinderrechte ins Grundgesetz?

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat einen Gesetzesentwurf zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz vorgestellt.

Wir werden prüfen, ob dieser Vorschlag das wohl austarierte Verhältnis zwischen Kindern, ihren Eltern und dem Staat nicht verschieben würde. Dieses Verhältnis darf keinesfalls zu Lasten der El-

tern und zugunsten des Staates verschoben werden. Wir wollen die Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft bewahren und schützen.



Verfassungsänderungen sind immer mit größtmöglicher Vorsicht vorzunehmen. Dies umso

mehr, wenn der einfache gesetzliche Weg viel eher geeignet scheint, um den Schutz von Kindern zu gewährleisten. Eine ehrlich geführte Debatte über ganz konkrete Maßnahmen zum Schutz unserer Kinder wäre wünschenswerter und zielführender im Sinne des Kindeswohls, als offene Formulierungen in das Grundgesetz zu verankern.

Parteitage zeigen: Union ist handlungsfähig

Mit den Parteitagen der CSU im Oktober in München und der CDU am vergangenen Wochenende in Leipzig zeigt sich die Union handlungsfähig und geschlossen. Wir haben klargestellt, dass wir uns nicht in eine Personaldiskussion hineintreiben lassen.

In der Koalition, und vor allem auch in der Fraktion, haben wir in den letzten Monaten sehr viel umgesetzt. Es

ist nun an der Zeit, auf die Ergebnisse unserer Arbeit aufzubauen. Wir müssen uns noch stärker auf die Sacharbeit konzentrieren. Damit werden wir unserem Anspruch gerecht, Antworten auf die Zukunftsfragen zu finden: Digitalisierung, Wertschöpfung und Wirtschaften in der Welt von morgen, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, aber auch die Bewahrung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft verdienen

und benötigen unsere volle Aufmerksamkeit. Wie gewährleisten wir innere und äußere Sicherheit in einer unsicherer gewordenen Welt?

Für die Union gilt wie stets:

Zuerst das Land, dann die Partei, dann die Person.

Mein Interview zum Ergebnis des Parteitages finden Sie hier:

<https://tinyurl.com/u82f4m5>

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Es besteht bei Kinderrechten keine verfassungsrechtliche Schutzlücke. Artikel 6 Abs. 2 GG weist das Recht zur Erziehung der Kinder zuallererst den Eltern zu. Der Staat hat die Rolle des Wächters, der immer dann - und nur dann - einschreitet, wenn die Eltern ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.»

(Elisabeth Winkelmeier-Becker, rechts- und verbraucherpolitische Sprecherin der CSU/CSU-Bundestagsfraktion)

Rede zum Haushalt für Arbeit und Soziales

„Der Haushaltsentwurf 2020 für den Bereich Arbeit und Soziales, spiegelt deutlich die gute wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre wider, und ist ein ambitioniertes zukunftsorientiertes Werk geworden. ...

In Folge der eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten mussten wir die im ersten Regierungsentwurf geplanten Ausgaben, die bereits um 10 Milliarden Euro über den Ausgaben von 2018 lagen, nochmals um knapp 1,7 Milliarden Euro auf mehr als 150 Mrd. Euro ausweiten. Die Aufwüchse resultieren im Wesentlichen aus Ansatzerhöhungen bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung (+ 800 Mio. €) sowie beim Arbeitslosengeld II (+ 700 Mio. €).

Unser Arbeitsmarkt zeigt sich zwar weiterhin recht stabil, aber die wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich schwach. Insbesondere im industriellen Bereich sind deutliche Bremsspuren offenkundig. Beispielhaft seien nur die auf breiter Front angekündigten Entlassungen bei den Automobilherstellern und deren Zulieferbetrieben im Land genannt.

Die derzeitige konjunkturelle Schwächephase hinterlässt inzwischen auch Spuren am

Arbeitsmarkt. Erstmals seit gut sechs Jahren lag die Zahl der Arbeitslosen im Oktober nicht mehr unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Arbeitslosigkeit steigt vor allem in den industriell geprägten Regionen in Süddeutschland.

Erfreulich ist, dass gleichzeitig immer noch ein Beschäftigungsaufbau in anderen Bereichen stattfindet: so ging die Arbeitslosenquote im Oktober um 0,1 Punkte auf 4,8 % zurück. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im September 45,5 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, das sind 338.000 mehr als noch vor einem Jahr. Hier macht uns die demographische Entwicklung immer mehr zu schaffen. Andererseits engt nicht zuletzt auch die Rente mit 63 das Erwerbspotential weiter ein. ...

Erfreulich ist, dass die Zahl der Menschen in Deutschland, die in absolut ärmlichen Verhältnissen leben, auf einen Tiefstand gesunken ist. Nur insgesamt 3,1 % der Bevölkerung mussten im vergangenen Jahr mit starken materiellen Einschränkungen ihrer Lebensverhältnisse umgehen, wie eine aktuelle Auswertung des Statistischen Bundesamts zeigt. Das sind Prozentpunkte weniger als im Jahr 2017. Zugleich ist es der niedrigste Stand seit



Beginn dieser Statistik im Jahr 2005. Der Anteil der armen Senioren lag mit 2,4 % auch im vergangenen Jahr deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Das zeigt die Erfolge nicht zuletzt auch der Rentenpolitik dieser Bundesregierung. Die Rentner liegen uns am Herzen!

Das schlägt sich natürlich auch in den geplanten Ausgaben im Bundeshaushalt 2020 nieder: Die Leistungen an die Rentenversicherung überschreiten in 2020 erstmalig die 100-Mrd.-Euro-Marke (rd. 101,8 Mrd. Euro). Zählt man noch die Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von 7,7 Mrd. Euro hinzu, dann sollen im kommenden Jahr weit mehr als 70% unseres Sozialhaushaltes an die Senioren gehen, die sich im Gegenzug über eine im gesellschaftlichen Vergleich mit anderen Altersgruppen deutlich unterdurchschnittliche Armut freuen dürfen. ...

Der Haushaltsentwurf für 2020 setzt die Modernisierung am Arbeitsmarkt und im Bereich sozialer Sicherung fort. Dabei spiegelt er anstehende Herausforderungen wider und leistet wesentliche Beiträge auch für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration von Migrantinnen wie von Langzeitarbeitslosen.“